



Pressemitteilung

15. März 2024

BVMB fordert Ende der Blockadehaltung zum Wachstumschancengesetz

Verband setzt auf Planungssicherheit für die Unternehmen

Die deutsche Wirtschaft wartet nach wie vor auf einen „Wumms“. Das Wachstumschancengesetz sollte nach der Vorstellung der Bundesregierung den Unternehmen wieder mehr auf die Beine helfen und die Wettbewerbsfähigkeit des Landes stärken. Im vergangenen Jahr hat es der Bundestag verabschiedet. Einige Bundesländer blockieren das Gesetz aber nun im Bundesrat. Seitdem hängt es im Vermittlungsausschuss fest. Ein falsches Signal ist Michael Gilka, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e. V. (BVMB), überzeugt. Er übt Kritik an der Blockadehaltung: „Die Möglichkeit der Unternehmen zu investieren, ist im Angesicht der Unsicherheiten gleich null. Nachteilige steuerliche Rahmenbedingungen und eine hohe Regulierungsdichte, eine ineffektive Verwaltung und eine Digitalisierung, die nicht richtig in die Gänge kommt – das ist eine fatale Gemengelage“, appelliert Gilka an die Länder, zumindest das Wachstumschancengesetz auf den Weg zu bringen und „damit wenigstens ein kleines Signal an die Wirtschaft zu senden“.

Wachstumschancengesetz „kann nur der Anfang sein“

Aus dem eigentlich größer geplanten Entwurf ist laut Gilka ohnehin schon „nur mehr ein reduziertes Hilfspaket für die Wirtschaft“ geworden. Zahlreiche Vergünstigungen und Hilfestellungen sind auf dem bisherigen Weg des Gesetzes schon wieder kassiert worden. Bei der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen stehen die Zeichen dennoch auf vorsichtigem Optimismus: „Ich sehe mit dem vorliegenden Entwurf einen kleinen Schritt in die richtige Richtung, auf den aber viele weitere folgen müssen, damit wir wieder attraktive Investitionsbedingungen für Unternehmen vorfinden können“, ist Gilka zuversichtlich. Die Abschaffung des Solidaritätszuschlages etwa solle nicht nur diskutiert werden, sondern politisch endlich entschieden werden. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) belaufen sich die Entlastungen auf 32 Mrd. Euro im Zeitraum von 2024 bis 2028. Angetreten war man ursprünglich mal mit einem Volumen von 7 Milliarden Euro. Nach der Einigung im Vermittlungsausschuss sind es nur noch 3,2 Mrd. Euro, also über die Hälfte weniger als ursprünglich angesetzt. „Das Ergebnis kann nur enttäuschen“, so Gilka weiter. Schätzungen gehen sogar davon aus, dass die Entlastungswirkung nur bei 1,4 Mrd. Euro liegen könnte.

BEG IV kein großer Wurf

Auch das ebenso geplante, aktuell im Bundeskabinett befindliche Bürokratieentlastungsgesetz IV soll weitere Entlastungen bringen. Unter anderem sollen weitere Informations- und Meldepflichten für Unternehmen abgebaut werden und die Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege verkürzt werden. „Auf den ganz großen Wurf warten wir scheinbar auch hier vergebens“, so Gilka pessimistisch. „Die beabsichtigten Wirkungen werden im Ergebnis wahrscheinlich ähnlich in der Intensität ausfallen wie das Wachstumschancengesetz, also eher mau. Das passt aber zu dem aktuellen wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung, der jeden vernünftigen Plan vermissen lässt.“

„Auf die Stärken am Standort fokussieren“

Die Forderung der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e. V. ist klar: „Wir müssen uns auf unsere Stärken am Standort fokussieren, aus der wirtschaftlichen Schwächephase mit einer Reform des Arbeitsangebotes ein sichtbares Signal für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes setzen und der Standortpolitik Priorität einzuräumen“, fasst Gilka zusammen. Der Fokus müsse dabei darauf liegen, vor allem Mittel und Wege gegen den anhaltenden Fachkräftemangel zu finden. Der macht gerade den mittelständischen Baufirmen schwer zu schaffen. Ein weiteres Thema müsse ein weitsichtiger Umgang mit dem demografischen Wandel sein, der sich zu einem ernst zu nehmenden Angebotsproblem auf dem Arbeitsmarkt entwickelt habe. „Arbeit muss sich lohnen und auch im Alter attraktiv bleiben“, spricht sich der Verbandsvertreter klar gegen eine Erhöhung des Renteneintrittsalters aus. „Das wäre faktisch eine Rentenkürzung, die der hart arbeitenden Bevölkerung die wohlverdiente erarbeitete Rente strittig macht.“

RA Dirk Stauf

Bundesvereinigung Mittelständischer
Bauunternehmen e.V.
Königswinterer Straße 329
53227 Bonn
Tel.: 0228 91185-16
E-Mail: stauf@bvmb.de

BVMB

Die BVMB ist ein bundesweit tätiger, tarifpolitisch ungebundener Wirtschaftsverband, der die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen seiner mittelständischen Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt. Bereits seit 1964 setzt sich die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft ein. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren insgesamt mehr als 250.000 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund der Strukturen unserer Mitgliedsunternehmen – von kleineren und größeren – bis hin zu sehr großen Straßen-, Brücken-, Hoch-, Erd-, Gleisbau- oder Bahnsicherungsunternehmen sowie deren Lieferanten, deckt die BVMB einen Großteil des Spektrums der deutschen Bauwirtschaft ab.